

iv POSITIONEN

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
DEZEMBER 2024



NEUSTART NOTWENDIG!

Österreich hat sich aus den internationalen Märkten gepreist – wie kommen wir wieder nach vorne?



WIRTSCHAFTSBILDUNG

60 Pilotschulen für mehr Wirtschaft im Unterricht

Seite 4



WIEN

Standort zwischen Emotion und „tiefgreifender Veränderung“

Seite 10

INTERVIEW

KI bringt „tiefgreifende Veränderungen“ für Industrie

Seite 5

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

Expertenmeinung von ANNA REINDL

Die US-Wahlen 2024 und ihre Folgen für Europa

Die Amerikanerinnen und Amerikaner haben am 5. November ihren 47. Präsidenten, Donald Trump, gewählt. Gemeinsam mit dem Sieg der Republikanischen Partei bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum US-Kongress hat Trump in seiner bereits zweiten Amtszeit nun eine günstige Basis, seine angekündigten Maßnahmen auch umzusetzen.

Wesentlicher Partner für Europa und Österreich

Die USA sind der wichtigste Handels- und Investitionspartner Europas. 16 Millionen

Arbeitsplätze werden auf beiden Seiten durch die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen gesichert. Die Vereinigten Staaten sind auch die zweitwichtigste Export- und Investitionsdestination für österreichische Betriebe – die heimischen Exporte in die USA sind im ersten Halbjahr 2024 um 14 Prozent gestiegen.

Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen aktiv gestalten

Gerade in Anbetracht der zahlreichen angekündigten Maßnahmen im Sinne von Trumps „America First“-Politik ist es wichtig, rasch auf die neue US-Regierung zuzugehen und das transatlantische

Verhältnis weiterhin proaktiv zu gestalten. Hierbei sollte an der Lösung bestehender Differenzen gemeinsam gearbeitet werden; gleichzeitig sollten aber auch die europäischen Interessen klar und selbstbewusst vertreten werden.

Natürlich ist dies auch ein deutlicher Weckruf für Europa, an einer nachhaltigen Stärkung seiner eigenen Wettbewerbsfähigkeit zu arbeiten. Eine aktive, regelbasierte Handelspolitik muss vor diesem Hintergrund jetzt mehr denn je forciert werden; Handelspartner müssen diversifiziert, neue Märkte geöffnet und bestmöglicher Zugang für europäische



Anna Reindl, Referentin Internationale Beziehungen & Märkte

Unternehmen weltweit geschaffen werden. Hierzu braucht es einen Ausbau des Netzwerks an EU-Freihandelsabkommen, insbesondere mit Indien, Mexiko, Australien sowie den Mercosur-Staaten.



Logistik: Erhöhung der Mauttarife bringt zusätzliche Belastung

Eine weitere Lkw-Maut-Erhöhung setzt die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts weiter unter Druck. Österreichs Mauttarife sind EU-weit am höchsten.

Der aktuelle Entwurf für die Mauttarifverordnung 2024 des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) sieht ab 2025 eine Erhöhung der Lkw-Mautsätze um bis zu 12,64 Prozent vor. Diese geplante Erhöhung bringt Spannungen in der Logistikbranche, da sie wirtschaftlich nicht tragbar ist.

Die Mauttarife wurden – mit Ausnahme des Jahres 2024 – in den letzten Jahren jährlich

zumind um die durchschnittliche Inflation erhöht. Eine reelle Notwendigkeit gibt es dafür nicht; diese automatisierten jährlichen Erhöhungen sind im Bundesstraßen-Mautgesetz (BSrMG) vorgesehen. Die Berechnung der Tarife erfolgt aufgrund der gesetzlichen Anordnung und führt zu einer überproportionalen Mautsteigerung.

Die IV bekennt sich ausdrücklich zum Ausbau und zur Modernisierung des hochrangigen Straßennetzes, zur Stärkung des Äquivalenzprinzips (durch eine

Umschichtung von Steuern zur Entgeltfinanzierung) und zu einer stärkeren Einbeziehung des Verkehrs zur Erreichung der Energie- und Klimaziele. Ziel muss aber sein, den Nutzen einer nachhaltigen Transportwirtschaft zu berücksichtigen und eine Verzerrung des Wettbewerbs zu verhindern.

Angesichts der ohnehin hohen Belastungen und schwierigen konjunkturellen Situation fordert die Industrie eine maßvolle Lkw-Maut-Erhöhung, die die

Inflation nicht vielfach übersteigt. Notwendige Maßnahmen sind unter anderem der Entfall der Verpflichtung zur jährlichen Inflationsanpassung, die Senkung des Infrastrukturkostenanteils unmittelbar per Verordnung, die Koppelung der CO₂-Tarife mit möglichen technischen Alternativen, das Ende der Doppelbelastung bei den CO₂-Kosten, Zweckbindung bzw. -widmung der Mauteinnahmen, eine transparente Kalkulation sowie Rechts- und Planungssicherheit in Bezug auf die Mauttarife.

Expertenmeinung von FLORIAN ROSENBERGER

KI-Umsetzungsplan 2024: KI-Innovationen für mehr Wettbewerbsfähigkeit

Nur rund ein Fünftel der produzierenden Betriebe setzt KI-Lösungen ein. Besonders in Zeiten des zunehmenden Wettbewerbs- und Kostendrucks sollten die Potenziale von KI genutzt werden.

Seit der Vorstellung der österreichischen KI-Strategie im Sommer 2021 sind rund dreieinhalb Jahre vergangen – keine lange Zeit, möchte man meinen, doch bei künstlicher Intelligenz herrscht eine besondere Dynamik. In der Zwischenzeit haben generative KI-Lösungen Einzug in weite Lebens- und Wirtschaftsbereiche gehalten, und mit dem AI Act trat der erste umfassende Rechtsrahmen für KI in Kraft.

Der KI-Umsetzungsplan stellt als Ergänzung der KI-Strategie mit seinen 47 Maßnahmen quer über alle Bundesressorts einen potenziell wichtigen Schritt dar. Viele

der Vorhaben entsprechen IV-Forderungen: Stärkung des F&E-Standorts, Aufbau eines KI-Hubs, Ausbau von Hochleistungsrechnern, Förderung des KI-Know-hows und von Frauen sowie verstärkter KI-Einsatz in der Verwaltung.

Um Österreich entsprechend der Zielsetzung der KI-Strategie als starken KI-Forschungs- und Innovationsstandort zu positionieren und die volle Wirkungskraft von KI für mehr Wettbewerbsfähigkeit am Standort zu entfalten, muss es gelingen, die Maßnahmen konsequent umzusetzen. Besonderes Augenmerk sollte darauf liegen, KI entlang der gesamten

Innovationskette – in Grundlagenforschung, angewandter Forschung bis zur robusten Anwendung – zu forcieren.

Dies ist wichtig, da aktuell nur rund ein Fünftel der produzierenden Betriebe KI-Lösungen einsetzt. Doch gerade die Möglichkeiten in der Produktion für Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen sowie im Bereich neuer Geschäftsmodelle verdeutlichen die Handlungsnotwendigkeit, besonders in Zeiten des zunehmenden Wettbewerbs- und Kostendrucks.

Auch in Zukunft lassen Technologie-durchbrüche in immer kürzer werdenden

Abständen, die Zunahme an Rechenleistung und Datenmengen sowie gewaltige Investitionssummen exponentielle Entwicklungen bei KI erwarten. Wichtig ist es, agil auf die rasanten Fortschritte reagieren zu können, KI-Innovationen am Standort zu fördern, den Anforderungen von Industrie und Wissenschaft gerecht zu werden und KI als Wachstumsfaktor zu nutzen.



Florian Rosenberger, Experte IV-Bereich Forschung, Technologie & Innovation.

Retten wir den Industriestandort Europa, bevor es endgültig zu spät ist!

Die Integration Europas ist in vielen Bereichen unvollendet: Der Binnenmarkt ist unser großes Asset, das wir in die Waagschale des Machtspiels der Weltpolitik werfen können – weitere Vertiefungen und vor allem ein Stopp für wirre und realitätsfremde Bürokratie müssen in den Mittelpunkt einer neuen Standortpolitik gesetzt werden; in der EU, aber auch in Österreich. Die neue Kommission, aber auch die neue Bundesregierung werden liefern müssen ...



Die Welle an Marktaustritten und Desinvestitionen läuft durch Österreich, aber auch durch große Teile Europas. Mit Anfang Dezember hat die neue EU-Kommission ihre Arbeit aufgenommen, sie steht vor massiven Aufgaben: Die Strukturen, die die Union für wirtschaftliche Belange vorsieht, stammen aus Zeiten, in denen völlig andere Bedingungen herrschten. Die Zollunion wurde in den 1960ern geschaffen, der Binnenmarkt ist ein Kind der 1980er-Jahre und die Währungsunion wurde in den frühen 1990ern geformt. Mit all diesen Errungenschaften wurde damals viel erreicht, doch nun hat der Wind endgültig gedreht – der alte Kontinent droht im geopolitischen Machtspiel der Welt unterzugehen, wenn wir nicht an unseren Fähigkeiten und Stär-

ken im Wettbewerb feilen. Es braucht eine klare industriepolitische Vision, die mit einem „Clean Industrial Deal“ die grüne Transformation in echtem Gleichklang mit wirtschaftlichen Stärkefeldern vorantreibt.

In vielen Bereichen ist die Integration Europas noch lange nicht vollendet. Wenn Europa noch über Stärken verfügt, dann ist es der gemeinsame Wirtschaftsraum, der auch international wahrgenommen wird und eine geopolitische Rolle spielt. Nicht zuletzt profitieren vom Abbau wirtschaftspolitischer Hürden innerhalb Europas vor allem kleinere Länder: Schätzungen zufolge bringt der derzeitige Binnenmarkt Luxemburg bei der Wirtschaftsleistung ein Plus von 14 Prozent; Österreich eines von sechs Prozent. Gerade wir haben daher

höchstes Interesse an einer Vertiefung – die Vorschläge des Letta-Reports liegen vor, jetzt muss endlich die Umsetzung kommen.

Damit nicht genug: Insbesondere in der Geld- und Fiskalpolitik – Stichwort Kapitalmarkt –, aber auch in der Einwanderungspolitik braucht es weitere Integrationschritte, damit wir geeint auftreten können. Europa muss an seiner grenzüberschreitenden Infrastruktur arbeiten, die Energiepreise auf ein kompetitives Niveau bringen und ein europäisches Netzwerk aus Spitzenforschung und Top-Universitäten mit Strahlkraft entwickeln. Das alles ist dringender denn je. Wir sehen bereits jetzt, wie uns in einstigen Leitbranchen die Technologieführerschaft abhandenkommt – Länder wie China springen dankbar ein und

machen uns vom selbstbewussten Lieferanten zum abhängigen Kunden.

Eines muss uns dabei bewusst sein: In den Kernherausforderungen müssen wir zusammenhalten und den immer mehr abgehängten Standort wieder auf Vordermann bringen; im Sinne einer wirtschaftlichen Stärke, die uns international in Zeiten machtbasierter Weltpolitik Gewicht verleiht – das gilt für Europa, aber insbesondere auch für Österreich. Nicht nur eine neue EU-Kommission wird liefern müssen, sondern auch eine neue Bundesregierung!

Ihr

Christoph Neumayer (IV-Generalsecretär)



Stiftungsvorsitzender Markus Posch, Stipendiatin Jasmin Eder und IV-Personalchef Andreas Prenner.

ACHT EXZELLENZSTIPENDIEN VERGEBEN

Unter dem Motto „Hunting for Excellence“ vergibt die Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof Stiftung der IV 2024 insgesamt acht Exzellenzstipendien.

Die Stiftung möchte dazu beitragen, mehr Forschungsexzellenz aus dem Ausland nach Österreich zu bringen; im Vordergrund steht die Entwicklung von industriennahen Zukunftsthemen. Die Kandidatinnen und Kandidaten haben

in ihrem jeweiligen Forschungsthema mit angesehenen internationalen Universitäten zusammengearbeitet, beispielsweise der Yale University (USA) oder der Lancaster University (UK). Der Hauptpreis ist mit 5.000 Euro

dotiert und geht heuer an Jasmin Eder, die mit der Yale School of Medicine zusammenarbeitet. Ihr wissenschaftlicher Schwerpunkt liegt auf Mechanik und dem Gebiet der innovativen Rehabilitationstechnologien.

Grafik des Monats

Ein Handelskrieg zwischen den USA und der EU könnte Österreich kurzfristig 0,14 Prozent des BIP kosten, so eine aktuelle Studie des Wifo in Kooperation mit dem deutschen Kiel Institut für Weltwirtschaft. Die Verluste im EU-Schnitt (-0,19 Prozent) sowie für Deutschland (-0,29 Prozent) wären deutlich höher. Die Wirtschaftsleistung der USA würde hingegen nur leicht zurückgehen (-0,04 Prozent). Langfristig würden sich die Verluste in Europa vertiefen, während die USA sogar positive Wachstumseffekte verzeichnen. Handelsdeals bzw. Zollreduktionen in den Sektoren Industrie und Landwirtschaft böten für beide Seiten leichte Wachstumspotenziale.

EU-USA: Handelskrieg oder Deal?

Kurzfristige Auswirkungen verschiedener Szenarien auf die Wirtschaftsleistung, in Prozent des BIP



Quelle: Wifo/Kiel Institut für Weltwirtschaft

Zahl des Monats

44,1 %

Die heimische Abgabenquote erreicht im nächsten Jahr laut EU-Herbstprognose leichte Höhen: Sie soll auf 44,1 Prozent (2025) des BIP steigen – 2023: 43,5 Prozent. 2005 lag sie noch bei 42,4 Prozent. Österreich rückt damit auf Platz drei innerhalb der EU vor, hinter Frankreich (46,2 Prozent) und Belgien (44,4 Prozent).

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte, Nermina Tičević, Simon Kampfl.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Nicola Skalé, Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Christian Holzinger, IV-OÖ/Pelzl, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/Marija M. Kanizaj, IV-Tirol/MCI/Klaus Maislinger, IV-Vorarlberg, IV-Wien/CubiCure

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



„Mehr Frauen in Aufsichtsräten“

Die IV bereitet mit Mentoren in einem Sparring-Programm Frauen in Führungspositionen auf die Rolle in Aufsichtsräten vor. Johanna Hummer, Vizepräsidentin HR und Global Head of People Success bei Sanofi, durchläuft das Programm aktuell mit Stefan Fida, Vorstand der B&C Board AG.

Sie beide nehmen am Sparring-Programm der Industriellenvereinigung teil, einmal als Mentor, einmal als Mentee – wie kamen Sie dazu?

Stefan Fida: Als ich gefragt wurde, musste ich nicht lange überlegen. Ich bin Mitglied in zwei Nominierungsausschüssen und immer daran interessiert, geeignete und motivierte Aufsichtsratskandidatinnen kennenzulernen. Wir müssen den Pool an potenziellen Aufsichtsrätinnen ausbauen. Davon profitieren letztlich Österreichs Unternehmen. Ich freue mich jedenfalls sehr, dass Johanna meine erste Programmpartnerin ist.

Johanna Hummer: Ich habe teilgenommen mit der klaren Zielsetzung, mich auf mein erstes Aufsichtsratsmandat vorzubereiten, die nächsten Schritte auf dem Weg dorthin zu gehen, aber vielmehr noch, das eigene Profil zu schärfen. Mein Sparringpartner Stefan kann mir ein konkretes Bild von der Arbeit in Aufsichtsräten, über die Aufgaben, die Abläufe und auch die Anforderungen geben. Gleichzeitig gibt das Programm auch die Möglichkeit, eine externe Einschätzung über die eigenen Qualifikationen durch weitere erfahrene Aufsichtsräte zu bekommen, und auch Ratschläge, wie ich meine langjährige



Johanna Hummer und Mentor Stefan Fida im Gespräch.

Expertise im HR-Bereich ergänzt durch Erfahrung in Mergers & Acquisitions und ESG aus meinen bisherigen Positionen im nationalen und internationalen Executive-Management einsetzen kann. Ich kann meinen USP, meinen Mehrwert für einen Aufsichtsrat, somit klarer definieren.

Was ist das Wichtigste, was in dem Programm mitgegeben werden kann?

Hummer: In der momentanen wirtschaft-

lichen Situation müssen potenzielle Aufsichtsrätinnen klar erkennen, welche Kompetenzen gefragt sind. Das Ziel ist, das eigene Profil zu schärfen, und da hilft die Beratung von Partnern wie Stefan mit seinen über 20 Jahren an Erfahrung enorm viel.

Fida: Die Schärfung des Profils ist sicher eine der wichtigsten Aufgaben des Programms. Es geht dabei auch darum, zu erkennen, für welche Art Aufsichtsrat man

am besten geeignet wäre, und darauf hinarbeiten. Mir persönlich ist auch wichtig, den Kandidatinnen mitzugeben, dass sie auf ein professionelles Onboarding-Programm bestehen sollten, um die neue Rolle schnell zu erfüllen. Das hat mir zum Beispiel bei meinem ersten AR-Mandat für Semperit sehr geholfen. Als dritten Punkt würde ich hier die Möglichkeit, das eigene Netzwerk zu vergrößern, nennen.

Wie wichtig ist es, dass die Sparringpartner auch persönlich miteinander können?

Fida: Das ist eine Grundvoraussetzung; man arbeitet ja ein Jahr intensiv gemeinsam und sieht sich alle vier bis sechs Wochen, und am Ende soll es für die Kandidatin einen Mehrwert geben. Das geht nur, wenn man sich auch versteht.

Hummer: Auf jeden Fall. Vor dem Beginn der Zusammenarbeit wird auch ein Matching angeboten, bei dem sowohl die Sparringpartner als auch die Teilnehmerinnen gefragt werden, was die genauen Ziele sind; eben damit von Anfang an alles klar ist, eine Gesprächsbasis aufgebaut und rasch Vertrauen gefasst werden kann. Ich habe da mit Stefan auf jeden Fall Glück gehabt.

Wirtschaftsbildung erleben an einer Grazer Pilotschule

Die Stiftung für Wirtschaftsbildung unterstützt derzeit 60 Pilotschulen. IV-Präsident Georg Knill besuchte Schüler in Graz.



IV-Präsident Knill in einer Klasse der Mittelschule Viktor Kaplan in Graz.

In der Mittelschule Viktor Kaplan in Graz steht seit zwei Jahren Wirtschaft auf dem Stundenplan. Das zusätzliche Fach Wirtschaftsbildung bietet den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, wirtschaftliche Themen zu vertiefen. Die MS ist eine von 60 Pilotschulen der Stiftung für Wirtschaftsbildung und wird für vier Jahre mit Lehrmaterialien und Weiterbildung für Pädagoginnen und Pädagogen unterstützt.

IV-Präsident Georg Knill diskutierte bei einem Besuch mit den Schülerinnen und Schülern wirtschaftliche Kernthemen wie Wertschöpfung, Produktionsprozesse und Nachhaltigkeit.

Sein Fazit: „Wirtschaftsbildung ist die Basis für ein selbstbestimmtes und wirtschaftlich unabhängiges Leben, denn sie stärkt das Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler, sich selbst in unterschiedlichen Rollen an

der Gestaltung der Wirtschaft zu beteiligen. Nicht nur die Schülerinnen und Schüler profitieren, sondern auch Schulen können sich durch ein vermehrtes Angebot an Wirtschaftsbildung abheben und differenzieren.“

Die IV hat die Stiftung für Wirtschaftsbildung 2021 mitgegründet und fordert auch im Rahmen der Initiative SOS-Wohlfühlstand mehr Wirtschaftsbildung an allen österreichischen Schulen.

KOMMENTAR ZUR „FLEXIBLEN KAPITALGESELLSCHAFT“ UNTER IV-FEDERFÜHRUNG

Ein Team von rund 20 Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis analysiert auf mehr als 700 Seiten das Gesetz über flexible Kapitalgesellschaften (FlexKapGG) und das begleitende Start-up-Förderungsgesetz. Als Co-Herausgeber fungiert IV-Syndikus Philip Aumüllner, der gemeinsam mit dem IV-Bereichsleiter für Wirtschaft, Finanzen und Recht Alfred Heiter mehrere Bestimmungen des FlexKapGG kommentiert. Komplexe Sachverhalte werden darin prägnant aufbereitet, angereichert mit Beispielen, konkreten Tipps und Checklisten. Zielrichtung der Flexiblen Kapitalgesellschaft (Flexible Company oder FlexCo) ist es, Gründern, Start-ups und auch bereits etablierten Unternehmen neue, innovative Wege zur Unternehmensgestaltung zu eröffnen.



BUCHTIPP

Aumüllner / Verweijen (Hrsg.): FlexKapGG und Start-up-FörderungsgG; Kommentar. Verlag Österreich, 2024, 742 Seiten.



WEBTIPP

Unterrichtsmaterialien gibt es auf wirtschaft-erleben.at. Unternehmen können auch Betriebsbesichtigungen für Schulen anbieten.

„Unternehmen müssen bestehende Abläufe hinterfragen“

Der Einsatz von KI bringt einen starken Hebel für die Produktivität in der Industrie. Welche Chancen sehen Sie in der Anwendung von KI in produzierenden Unternehmen?

Andreas Kugi: KI hat das Potenzial, in allen Phasen der Produktentstehung und -verwertung sowie entlang des gesamten Produktlebenszyklus als Innovationsmotor zu wirken und zum Teil disruptive Veränderungen auszulösen. Bereits in der Entwicklungsphase unterstützt KI bei kundenindividualisiertem Produktdesign, Material-, Ressourcen- und Energieoptimierung sowie schneller Prototypenentwicklung und Testung. In der Fertigung optimiert KI Produktionsabläufe, führt Qualitätskontrollen in Echtzeit durch, steigert die Flexibilität, entlastet Mitarbeitende und hält Anlagen am optimalen Betriebspunkt hinsichtlich Ressourcen, Energie und Durchsatz. Im Marketing und Vertrieb ermöglicht KI präzisere Marktanalysen, personalisierte Kundenansprache und vorausschauende Bedarfsplanung. Modernes Wissensmanagement profitiert ebenfalls von KI; durch Technologien wie Retrieval-Augmented Generation

(RAG), Wissensgraphen und Large Language Models (LLMs), die Wissen effizient organisieren und für fundierte Entscheidungen nutzbar machen.

Der Einsatz von KI löst einen weitreichenden Change-Prozess in Unternehmen aus. Was sollten diese beachten?

Der Einsatz von KI bringt tiefgreifende Veränderungen auf technologischer, organisatorischer und kultureller Ebene mit sich. Unternehmen müssen bestehende Abläufe hinterfragen und häufig grundlegend neu denken, um das Potenzial der Technologie auszuschöpfen. Dabei ist es essenziell, Mitarbeitende von Anfang an einzubeziehen; mit Schulungen, Weiterbildungsprogrammen und einer offenen Kommunikationskultur Ängste abzubauen und Akzeptanz zu fördern. Domänenwissen der Mitarbeitenden sollte gezielt mit KI-Methoden kombiniert werden, um Synergien zu schaffen. Zudem müssen effiziente Governance-Strukturen etabliert werden, um einen verantwortungsvollen und transparenten Einsatz von KI zu gewährleisten.

Welche Bedeutung haben Datenräume für die KI-Entwicklung und wie kann die Industrie davon profitieren?

Datenräume bilden das Fundament für innovative KI-Lösungen, indem sie einen sicheren, kontrollierten und skalierbaren Austausch von Daten zwischen Unternehmen ermöglichen. Sie fördern übergreifende Effizienzgewinne und Synergien, während sie gleichzeitig Datensouveränität und Wettbewerbsschutz gewährleisten. Besonders für KMUs sind Datenräume entscheidend, da sie Zugang zu umfangreichen und hochwertigen Daten schaffen, die einzelne Unternehmen oft nicht generieren können. Dies stärkt ihre Wettbewerbsfähigkeit und ermöglicht die Entwicklung gemeinsamer KI-Lösungen, ohne dass hohe Investitionen in eigene Dateninfrastrukturen erforderlich sind.

Wie stellen Sie sich im AIT dazu auf und wie können Sie dieses Wissen auch in die Unternehmen bringen?

Das AIT positioniert sich als Brücke zwischen universitärer Forschung und industrieller Praxis. Mit rund 1.500



Andreas Kugi ist seit 2023 wissenschaftlicher Leiter des AIT Austrian Institute of Technology und an der TU Wien als Universitätsprofessor für komplexe dynamische Systeme tätig.

Mitarbeitenden, darunter über 200 im Bereich Digitalisierung und KI, entwickelt es maßgeschneiderte Lösungen für die Industrie. Schwerpunkte umfassen u. a. KI-basierte Automatisierung in der Fertigung, intelligente Assistenzsysteme, autonome Arbeitsmaschinen, neue Mensch-Maschine-Interaktionskonzepte mit XR-Technologie, Cybersecurity, nachhaltige Energielösungen und generative KI für Wissensmanagement, Produktdesign und Prozessoptimierung. Durch enge Kooperation in Forschungs- und Umsetzungsprojekten wird dieses Wissen direkt in die Industrie übertragen. Mit der AIT AI-Task Force bündelt das Institut seine Expertise, um Unternehmen bei der Entwicklung und Implementierung innovativer Lösungen zu unterstützen.

HOCHBEGABUNG ALS SCHLÜSSEL ZUR ZUKUNFT

Im Haus der Industrie fand der „Unleashing Brilliance Summit 2024“ von MENSA, IV und WK statt.



V.l.n.r.: Martin Hubinger (MENSA Österreich), Claudia Mischensky (IV), Melina Schneider (WKÖ), Moderatorin Silvia Wirnsberger (MENSA Österreich) und Peter Berger (MENSA Österreich).

Im Haus der Industrie in Wien fand im Oktober der „Unleashing Brilliance Summit“ statt – eine Veranstaltung, die sich der Entdeckung und Förderung von Hochbegabung widmet. Gemeinsam organisiert von MENSA Österreich, der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer Österreich stand die Frage im Mittelpunkt, wie Talente gezielt gefördert werden können, um den Herausforderungen der Arbeitswelt zu begegnen.

Begabung zeigt sich nicht nur in intellektuellen Spitzenleistungen, sondern auch in Kreativität, technischer Kompetenz und sozialem Verständnis. Studien zufolge besitzen bis zu 20 Prozent der Menschen das Potenzial für Spitzenleistungen, das jedoch zu selten voll entfaltet wird.

Für die Industrie bedeutet dies nicht nur einen Verlust an Fachkräften, sondern auch an Innovationskraft.

IV-Vizegeneralsekretärin Claudia Mischensky brachte es auf den Punkt: „Jedes ungenutzte Talent ist nicht nur eine verpasste Chance für den Einzelnen, sondern auch für die gesamte Gesellschaft. Es liegt an uns, diese Potenziale zu erkennen und gezielt zu fördern.“ Für die IV ist die Förderung von Begabungen nicht nur eine Investition in die Zukunft, sondern auch eine wesentliche gesellschaftliche Verantwortung.

Im Fokus der Workshops standen daher die Identifikation von Begabungen in Schulen, die Integration Hochbegabter in Unternehmen und ihre Rolle als Treiber von Innovationen.

IDEEN GEGEN MARKTSKEPSIS UND ÜBERBÜROKRATISIERUNG

Wirtschaftsminister Martin Kocher und Agenda-Austria-Direktor Franz Schellhorn zu Gast im IV-Ausschuss für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Anfang November rückte der IV-Ausschuss für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik das „Vertrauen in den Markt“ ins Zentrum. Nach einer Einleitung durch den Ausschussvorsitzenden Georg Feith hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, mit Wirtschaftsminister Martin Kocher und Agenda-Austria-Direktor Franz Schellhorn über Wettbewerbsfähigkeit, Entbürokratisierung und Marktskepsis zu diskutieren.

Kocher plädierte für eine Senkung der Lohnnebenkosten und eine Reduktion

der Berichtspflichten. Auf EU-Ebene brauche es Allianzen, um klarzumachen, dass gut gemeinte Richtlinien wie das Lieferkettengesetz negative Kollateraleffekte auf die Industrie haben. Schellhorn plädierte für einen schlanken Verwaltungsapparat, ein Bewusstsein dafür, wo Wertschöpfung passiert, eine Staatsausgabenbremse und die Trennung von Wirtschaftsbildung und Geografieunterricht. Im Anschluss sprach die Chefredakteurin des neuen Wirtschaftsmediums Selektiv, Sara Grasel, über die Rolle des Wirtschaftsjournalismus und die Verantwortung der Medien.



Wirtschaftsminister Kocher sprach über Entbürokratisierung.

Österreichs Wirtschaft braucht einen Neustart

Es ist Feuer am Dach: Österreich hat sich aus den internationalen Märkten gepreist. Welche Schritte sind nun notwendig, um das Land wieder auf die Spur der Aufsteiger zu bringen?



„Die jüngsten Entwicklungen sind besorgniserregend und sollten die Alarmglocken schrillen lassen – trotz deutlicher Reallohnzuwächse hat Österreich in den letzten fünf Jahren an Wohlstand verloren.“

Georg Knill
IV-Präsident

Wohl nur aufgrund seiner geringeren Größe im Vergleich zu Deutschland ist Österreich das zweifelhafte Prädikat des „kranken Mannes“ Europas bis dato erspart geblieben, vermutet der Chefökonom der Industriellenvereinigung, Christian Helmenstein, in Hinblick auf eine Titelseite des „Economist“ im Vorjahr. Nachdem die Wirtschaft in Österreich vergangenes Jahr bereits um 1,0 Prozent geschrumpft war, droht heuer ein erneuter Rückgang von 0,6 Prozent (IHS/Wifo-Prognose). In Deutschland wird (nach minus 0,3 Prozent im Vorjahr) heuer mit einem vergleichsweise milden Rückgang von minus 0,2 Prozent gerechnet. Zwei Jahre Rezession – für die Industrie bereits drei Jahre – hinterlassen mittlerweile deutliche Spuren: Die Zahl der Insolvenzen steigt und hat Auswirkungen für Tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Durch die Schwäche in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit drohen Österreich Wohlstandsverluste mit Folgen für die Finanzierbarkeit des gut ausgebauten Sozialstaats.

„Die jüngsten Entwicklungen sind besorgniserregend und sollten die Alarmglocken schrillen lassen – trotz deutlicher Reallohnzuwächse hat Österreich in den letzten fünf Jahren an Wohlstand verloren; kurz gesagt: Es ist Feuer am Dach“, warnt Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung. Ein Ausweg aus konjunkturellen Krisen lief in der Vergangenheit in Österreich laut Helmenstein immer nach einem bestimmten Muster ab, das von einem kräftigen außenwirtschaftlichen Positiv-Impuls geprägt war. Gelingt es, mit Maßnahmen entlang dieses Musters einen Aufschwung zu unterstützen, könne Österreichs bisher exportstarke Industrie vom Wirtschaftswachstum in anderen Weltregionen profitieren und so einen Weg aus der Rezession finden (siehe Grafik unten).

„Das Fundament der österreichischen Wirtschaft war traditionell ein dynamischer Konjunkturzyklus, angestoßen durch einen außenwirtschaftlichen Impuls und getragen durch eine starke Export- und Investitionskomponente. In den letzten Jahren ist dieses Erfolgsmodell ins Stocken geraten. Während derzeit 60 und im kommenden Jahr sogar 72 Volkswirtschaften mit über vier Prozent wachsen, kann Österreich kaum Vorteile aus diesen Wachstumsimpulsen ziehen“, erklärt Knill. Mit einer Exportquote von 60 Prozent sichern exportierende Unternehmen in Österreich 1,2 Millionen Arbeitsplätze. 80 Prozent dieser Produkte wurden bisher innerhalb Europas geliefert. Mit einem Mix aus Handelsabkommen und wettbewerbsstärkenden Maßnahmen können die Potenziale weiter entfernter Märkte genutzt werden.

Energiepreise und Lohnstückkosten

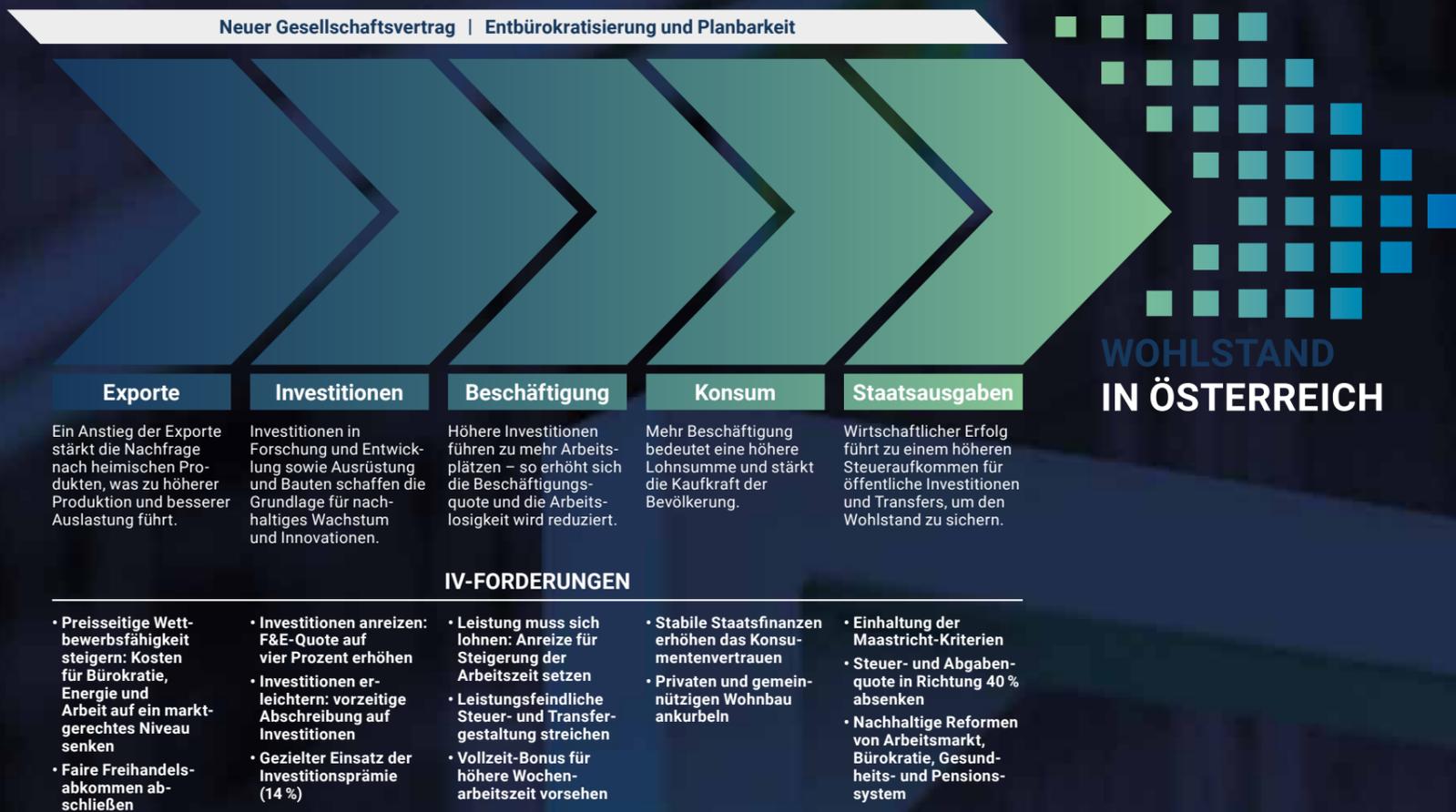
„Das Problem ist, dass Österreich an diesem globalen Wachstum nicht teilnehmen kann. Wir haben uns in den vergangenen Jahren völlig aus dem Markt gepreist und verlieren ständig an Marktanteilen“, so Knill. Zum einen sind die Energiepreise anhaltend hoch und steigen gerade wieder an – Erdgas, das in der energieintensiven Industrie im Übergang zu Wasserstoff noch viele Jahre

gebraucht wird, war zuletzt etwa fünfmal so teuer wie in den USA. Aber auch die hohen Lohnstückkosten, getrieben von den kräftigen Nominallohnabschlüssen der letzten Jahre ohne Verbesserungen in der Arbeitsproduktivität, verschärfen die Lage. Seit 2021 sind die Lohnstückkosten in Österreich um 30,2 Prozent gestiegen, in Deutschland lediglich um 14,3 Prozent und in Italien gar nur um 7,1 Prozent.

Ein Blick nach Deutschland zeigt: „Dort werden Kollektivvertragsabschlüsse mit größerer Weitsicht und höherem Verantwortungsbewusstsein verhandelt. Die Arbeitnehmervertretungen berücksichtigen die prekäre wirtschaftliche Situation. In Österreich hingegen fordern die Gewerkschaften weiter überzogene Gehaltssteigerungen, die in der wirtschaftlichen Lage nicht machbar sind. Unsere Warnungen in den letzten Jahren wurden ignoriert. Nun spüren wir alle die Folgen der Verantwortungslosigkeit der Gewerkschaftsvertreter“, so Knill.

Der Zyklus des Aufschwungs

Wie also läuft der typische Zyklus eines Wirtschaftsaufschwungs in Österreich ab? Ein langfristiger Konjunkturzyklus beginnt mit einem außenwirtschaftlichen Impuls. Das führt bei steigender Kapazitätsauslastung zu einer Ausweitung der Investitionen. Mit neuen Kapazitäten sind typischerweise zusätzliche Arbeitsplätze verbunden. Dadurch steigt die Beschäftigung und die Löhne ziehen an, was über eine wachsende Kaufkraft der privaten Haushalte schließlich in eine steigende Konsumnachfrage mündet. Dieser Zyklus führt zu Wohlstandszuwächsen und höheren Steuereinnahmen, die wiederum die Basis für öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit bilden – ein Weg, der in Österreich auch



nach der Rezession 1993 einen kräftigen Aufschwung ermöglicht hat: Nachzieheffekte der Ostöffnung und eine starke Auslandsnachfrage aus den USA sorgten für außenwirtschaftliche Impulse. Eine breit angelegte strukturelle Steuerreform stärkte die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen – die Abschaffung der Gewerbe- und Vermögensteuer senkte trotz Erhöhung der Körperschaftsteuer die effektive Steuerbelastung – und setzte Anreize für Investitionen. Gleichzeitig wurde mit öffentlichen Aufträgen und der Wohnbauförderung der Länder die Bauwirtschaft stabil gehalten, was ebenfalls die Erwartungen der privaten Haushalte stabilisierte. Im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit – vor allem in Hinblick auf die Ostöffnung – und aufgrund der schwierigen konjunkturellen Lage gelangen bei den Herbstlohnrunderungen 1993 und 1994 Einigungen auf zurückhaltende Lohnabschlüsse. Im Jahr 1995 folgte schließlich der Beitritt zur Europäischen Union, was Österreich die Teilhabe an den wirtschaftlichen Chancen eines großen Binnenmarkts eröffnete.

„Eine wachsende Auslandsnachfrage und steigende Investitionen im Inland sind die beiden Haupttreiber eines langanhaltenden, sich selbst tragenden Aufschwungs in Österreich gewesen, und sie werden es auch in Zukunft sein“,

„Während derzeit 60 und im kommenden Jahr sogar 72 Volkswirtschaften mit über vier Prozent wachsen, kann Österreich kaum Vorteile aus diesen Wachstumsimpulsen ziehen.“

sagt Helmenstein. „Um im Export erfolgreich zu sein, ist es allerdings unverzichtbar, preislich wettbewerbsfähige Güter und Dienstleistungen anbieten zu können.“

Innovation und Infrastruktur

Neben kurzfristigen Maßnahmen darf auch die langfristige Zukunftsfähigkeit des Standorts nicht aus dem Blick geraten, sagt Knill: „Angesichts steigender Produktionskosten und des Fachkräftemangels ist es notwendig, gezielt in die Wettbewerbsfähigkeit zu investieren. Wir brauchen eine starke FTI-Politik, um Wohlstand und Resilienz für Österreich und Europa zu sichern.“ Durch stärkere Investitionen wird ein Umfeld geschaffen, das nachhaltiges Wachstum und Innovationen ermöglicht, was wiederum zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit führt. Investitionen in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur bilden die Grundlage für langfristiges Wachstum. Es braucht daher eine Erhöhung der F&E-Quote auf vier Prozent des BIPs, vorzeitige Abschreibungsmöglichkeiten und einen gezielten Einsatz einer neu aufgelegten Investitionsprämie von 14 Prozent.

Zudem braucht es dringend die Einführung von Anreizen zur Steigerung der Arbeitszeit, wie beispielsweise die Schaffung eines Vollzeit-Bonus oder die Streichung leistungshemmender Steuer- und Transfergestaltungen. „Österreich hat eine der höchsten Abgabenquoten auf Arbeit weltweit. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen rund 46,8 Prozent an Abgaben. Österreich liegt bei der Belastung des Faktors Arbeit im OECD-Schnitt an dritter Stelle – ein hoher Anteil der Belastung ist auf die sogenannten Lohnnebenkosten zurückzuführen“, so der IV-Präsident. Und abschließend: „Wir müssen diesen negativen Entwicklungen dringend ein Ende setzen, das Feuer löschen und rasch mit dem Wiederaufbau starten.“

„Österreich hat eine der höchsten Abgabenquoten auf Arbeit weltweit: Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen rund 46,8 Prozent an Abgaben. Österreich liegt bei der Belastung des Faktors Arbeit im OECD-Schnitt an dritter Stelle; ein hoher Anteil der Belastung ist auf die sogenannten Lohnnebenkosten zurückzuführen.“

Spin-off Austria Conference: Mit Deep Tech zur Technologie-Souveränität

Mitte November diskutierten nationale und internationale Expertinnen und Experten darüber, wie die Ausgründung von Spin-offs aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gestärkt werden kann.

Die Ausgründung von Spin-offs aus Universitäten ist ein wichtiger Bestandteil der Dritten Mission der Universitäten. Deep-Tech-Startups tragen zur Technologiesouveränität Europas und Österreichs bei, indem sie den Transfer von Innovationen in den Schlüsseltechnologien der Zukunft vom Labor in den Markt vorantreiben. In Bereichen der Grundlagenforschung sind Europa und Österreich oftmals international führend; die Umsetzung der Ergebnisse in global erfolgreiche Produkte

und Dienstleistungen wird dann jedoch in anderen Regionen der Welt schneller und konsequenter vorangetrieben. Die Forcierung des Wissens- und Technologietransfers ist daher ein Baustein für den zukünftigen Wohlstand. Junge Deep-Tech-Unternehmen sind wichtige Partner der forschungsstarken Leitbetriebe bei der Entwicklung der Innovationen der Zukunft. Die Industriellenvereinigung ist daher auch in diesem Jahr Kooperationspartner der jährlich stattfindenden Spin-off Austria Conference.

Mitte November diskutierten auf der Spin-off Austria Conference 2024 nationale und internationale Expertinnen und Experten, wie die Ausgründung von Spin-offs aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gestärkt werden kann. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf den Umgang mit geistigem Eigentum gelegt. Die Sichtweise eines österreichischen Leitbetriebs aus der Zusammenarbeit mit Startups und Universitäten hat Rudolf Zauner, Innovation Manager bei der VERBUND AG, eingebracht.



8. Summit Industrie 4.0: Schlüsseltechnologien als Hebel für Innovation

Für eine innovative und wettbewerbsfähige Produktion müssen die Digitalisierung und der Einsatz moderner Technologien weiter vorangetrieben werden.

Der 8. Summit Industrie 4.0 stand Ende November in Hall in Tirol ganz im Zeichen der Chancen von intelligenten Lösungen für die Industrie und bot einen Einblick in die umfassenden Facetten der Produktion der Zukunft. Thomas Welser, CEO Welser Profile und seit 2024 Vorstandsvorsitzender der Plattform Industrie 4.0 Österreich, betonte bei der Eröffnung die Bedeutung der Digitalisierung als entscheidender Hebel für die Wettbewerbsfähigkeit und unterstrich die Notwendigkeit einer intensiveren Verzahnung zwischen Unternehmen, getrieben durch sicheren und souveränen Datenaustausch. Keynotes von Birgit Vogel-Heuser, TU München, und Andreas Windisch, Joanneum Research Forschungsgesellschaft, verdeutlichten die Möglichkeiten von Mensch-Maschine-Interaktionen und die Chancen von KI

für den Standort. Daneben standen inspirierende Industrie-Use-Cases (u. a. Fill, Fronius, IBM, Rexel, T-Systems, Welser Profile) sowie Digitalisierungsaktivitäten aus dem Vereinigten Königreich auf der Agenda. Bei der Pressekonferenz im Vorfeld des Summits betonte Rainer Haag, geschäftsführender Gesellschafter der ematric GmbH und Vorsitzender der Task Force Industrie 4.0 der IV Tirol, die hohe Bedeutung von Automatisierung und digitalen Lösungen für Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen in der Produktion und damit für eine innovative, resiliente und wettbewerbsfähige Industrie. Für die Entwicklung und Anwendung smarterer Lösungen braucht es innovative Ökosysteme, das kollaborative Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft, eine Stärkung des Risikokapitalmarkts sowie ausreichend Talente und Fachkräfte.



V.l.n.r.: Mario Gerber, Jimmy Heinzl, Elfriede Schober, Michael Wiesmüller, Rainer Haag und Thomas Welser auf dem Summit Industrie 4.0.



V.l.n.r.: Anton Ofner (Präsident ASI), Mercedes Ritschl (IV), Valerie Höllinger (CEO ASI).

AUSTRIAN STANDARDS: AUSZEICHNUNG FÜR IV-EXPERTIN

IV-Expertin Mercedes Ritschl (Bereich Wirtschafts-, Finanzpolitik und Recht) wurde von Austrian Standards für ihr herausragendes Engagement zur Förderung der Standardisierung ausgezeichnet. Auch Annemarie Mille (WKÖ) und Peter Reichel (OVE) erhielten entsprechende

Auszeichnungen. Ritschl ist Geschäftsführerin des Rechtspolitischen Ausschusses der IV und seit 2015 Mitglied des Präsidialrats von Austrian Standards und setzt sich auch in dieser Position für die Interessen der Industrie und des Wirtschaftsstandorts Österreich ein. Die Verleihung fand im Rahmen einer Jubiläumsfeier der österreichischen Organisation für Standardisierung und Innovation, Austrian Standards, statt, die unter dem Ehrenschild von Bundespräsident Alexander Van der Bellen stand.



V.l.n.r.: Georg Frischeis, Klaudia Tanner und Georg Knill bei der Urkundenverleihung.

FESTAKT 45 JAHRE GARDEPARTNERSCHAFT

Heuer jährt sich der Abschluss der Partnerschaft zwischen Österreichs Garde und der Industriellenvereinigung bereits zum 45. Mal – seit 1979 verbindet beide Organisationen ein besonderes Band der gegenseitigen Wertschätzung und Kooperation, getragen durch gemeinsame Werte. Am 11. Oktober fand zu diesem Anlass ein Festakt in der Maria-Theresien-

Kaserne Wien statt. Nach einer Fanfare zu Beginn folgten Reden von Gardekommandant Oberst Georg Frischeis, IV-Präsident Georg Knill und Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, in denen man auf die gemeinsame Geschichte zurückblickte. Zur Erinnerung an 45 Jahre Partnerschaft überreichte Präsident Knill Oberst Georg Frischeis ein graviertes Silbertablett. Verteidigungsministerin Tanner überreichte ihrerseits eine Urkunde des Bundesheers an die IV.

Club1031 diskutiert IV-Positionen mit Präsident Knill

Am 19. November hatte der Club1031 die besondere Ehre, Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung, zu einem inspirierenden Clubabend im „eigenen Haus“ willkommen zu heißen. Sophie Ryba, Präsidentin des Club1031, begrüßte dabei rund 60 Clubmitglieder und ausgewählte Gäste. Die hohe Teilnehmerzahl verdeutlichte das große Interesse am Thema des Abends.



„Standort Österreich – der Weg zurück in die erste Reihe“

Die Veranstaltung gab den Anwesenden die Gelegenheit, die Positionen der IV aus erster Hand zu hören und diese aktiv zu hinterfragen und auf Herz und Nieren zu prüfen. Die rege Diskussion drehte sich um die vielfältigen Herausforderungen, die Österreichs Betriebe in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten bewältigen müssen. Neben dem Fachkräftemangel wurde auch die Frage erörtert, wie die Exportquote gesteigert und Innovationen gezielt vorangetrieben werden können. Ein weiteres großes Problem stellt die alarmierende Entwicklung der Lohnstückkosten dar. IV-Präsident Georg Knill verdeutlichte das Ausmaß mit einem Vergleich: In den vergangenen drei Jahren sind die Lohnstückkosten in Österreich um 30 Prozent gestiegen, während dieser Anstieg in Deutschland nur 17 Prozent, in Italien sieben Prozent und in der Schweiz sechs Prozent betrug. Diese Kostenexplosion beeinträchtigt Österreichs Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich erheblich. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Österreichs Wirtschaft verzeichnet zwei Rezessionsjahre in Folge) herrschte bei den Teilnehmern Einigkeit, dass schnelles und entschlossenes Handeln notwendig ist: Es muss jetzt etwas getan werden, damit der Standort Österreich nicht weiter an Wettbewerbsfähigkeit verliert bzw. weiter abgleitet.

Ein zentrales Thema des Abends war die Rolle der Politik in wirtschaftlich turbulenten Zeiten. Intensiv wurde diskutiert, was man von der Politik und der neuen Regierung erwarten kann und ob tatsächlich alle Beteiligten die gleiche Dringlichkeit empfinden, notwendige Veränderungen und ggf. auch unangenehme Maßnahmen umzusetzen. Man war sich einig, dass Österreich als Hochsteuerland kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem hat. In diesem Zusammenhang wurde die Rolle einer Schuldenbremse nach Vorbild Deutschlands kontrovers diskutiert. Strukturelle Reformen sind unerlässlich, um ineffiziente Mittelverwendung zu beenden und den Weg für nachhaltiges Wachstum zu ebnen.

Die zentrale Erkenntnis des Abends

Österreich steht vor großen Herausforderungen, es gibt aber klare Stellschrauben, die zu Verbesserungen führen können: Fachkräfte müssen gezielt ausgebildet, Exportunternehmen stärker unterstützt und Innovationen intensiver gefördert werden. Zugleich bedarf es eines klaren Fokus auf die Kostenentwicklung: Diese gehört eingedämmt,

um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts wiederherzustellen. Es ist dringend, JETZT zu handeln, damit Österreich wirtschaftlich und lebensstandardmäßig nicht weiter zurückfällt. Die Mitglieder des Club1031 sind jedoch überwiegend der Meinung, dass es auch an den Unternehmern liegt, hier einen aktiven Beitrag zu leisten, und dass ein „Warten auf die Politik“ nur bedingt zielführend sein wird. Doch eine zentrale Frage bleibt: Wer treibt die notwendigen Reformen voran – und wie viel Zeit bleibt, bevor der Standort weiter abrutscht?

Die Rolle des Club1031

Der Club1031 versteht sich als überparteiliche Plattform von Vordenkern, die nicht nur über Probleme sprechen, sondern aktiv nach Lösungen suchen. Eine der Schlüsselfragen des Abends lautete: Wie können wir als vorausdenkende Unternehmer dazu beitragen, Österreich wieder auf Erfolgskurs zu bringen?

Als Netzwerk innovativer junger Führungspersönlichkeiten bietet der Club1031 seinen Mitgliedern eine Plattform, um konkrete Ansätze für wirtschaftliche und gesellschaft-



liche Herausforderungen zu entwickeln. Unterstützt von der IV treffen sich die Mitglieder zum regelmäßigen Austausch in vertrautem Rahmen mit führenden Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik.

Auch 2025 verspricht im Club1031 ein Jahr voller spannender Begegnungen und Denkanstöße zu werden. Im Frühjahr sind bereits zwei Gäste für Club1031-Diskussionsabende fixiert: der CEO der Österreichischen Post AG, Walter Oblin, und René Knapp, Mitglied des Vorstands der UNIQA Insurance Group AG, werden für einen regen und offenen Austausch zur Verfügung stehen.

Autorin: Sophie C. Ryba,
Präsidentin Club1031



WEBTIPP

Mehr Informationen unter:
www.club1031.at



FORDERUNGEN AN DIE KÜNFTIGE BUNDESREGIERUNG

Für eine zukunftsfähige und gerechte Gesellschaft.

Die Herausforderungen unserer Zeit sind gewaltig und verlangen entschlossenes Handeln: Der Staat steckt in einer prekären Budgetlage, gleichzeitig schreitet die Deindustrialisierung voran – Insolvenzen und Restrukturierungen sind an der Tagesordnung.

Unternehmen brauchen dringend Entlastung: niedrigere Personalkosten, wettbewerbsfähige Energiepreise und einen radikalen Bürokratieabbau – das Bürokratiemonster muss endlich an die Kette gelegt werden.

Für den Staat heißt es, den Spagat zwischen Sparen und Investieren zu meistern: Ausgaben klug konsolidieren, gleichzeitig in die richtigen Projekte investieren. Das sind wir der Gesellschaft und den Steuerzahlern schuldig – und zwar mehr als nur warme Worte.

Ohne Pensionsreform bleibt das Budgetloch ungestopft. Das System ist nicht nachhaltig und braucht klare Maßnahmen: Das gesetzliche Pensionsantrittsalter muss steigen, Früh- und Korridorpenalstrafungen müssen zurückgedrängt werden. Wer länger arbeitet, sollte auch belohnt werden. Und ja, Vollzeit-Pensionen erfordern auch mehr Vollzeitarbeit – mit fast der Hälfte der Bevölkerung in Teilzeit geht sich das einfach nicht aus. Für Ganztagsarbeitende können wir über steuerliche Entlastungen sprechen, sofern das System stabil ist.

Programme wie Klimabonus und Bildungskarenz gehören auf den Prüfstand; in ihrer aktuellen Form sind sie weder sozial treffsicher noch zukunftsfähig. Abschaffen oder massiv einschränken – daran führt kein Weg vorbei. Kinderbetreuung darf kein Glücksspiel mehr sein. Wir brauchen ausreichend Betreuungsplätze, damit Eltern verlässlich planen können – und alle eine faire Chance bekommen. Ein starkes Fundament für die Zukunft beginnt hier.

Der Bildungsstandort muss kräftig gestärkt werden – Forschung, Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Wirtschaftsbildung, Unternehmertum und vor allem MINT, MINT, MINT müssen auf allen Bildungsebenen massiv ausgebaut werden. Nur so fördern wir die Talente von morgen, treiben Innovationen voran und bleiben wettbewerbsfähig – denn ohne eine solide Bildung im MINT-Bereich wird die Vision Zukunft schnell zur Wunschvorstellung. Und das ist kein Wunschdenken, sondern höchste Zeit! Diese Reformen sind realistisch und umsetzbar. Die Zeit der Ausreden ist vorbei. Eine zukünftige Bundesregierung muss den Mut und die Entschlossenheit aufbringen, um eine gerechte und nachhaltige Zukunft für alle zu gewährleisten – und zwar jetzt.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Standort zwischen Emotion und „tiefgreifender Veränderung“?

Vor dem Hintergrund der schweren Rezession und der Verhandlungen über eine neue Bundesregierung fand am 18. November die Ordentliche Vollversammlung der IV-Wien statt.

Bereits in der Vorstandssitzung unmittelbar vor der Vollversammlung dominierten Standortfragen und Spekulationen über die Regierungsverhandlungen die Debatte. Politikberater Thomas Hofer versuchte eine Einordnung der Wahlgänge in den USA und Österreich zu geben. Zentraler Punkt: Fakten seien bei Weitem als Wahlmotiv nicht so bedeutend wie die simple Emotion – die Demokratie werde zunehmend zur „Emokratie“. Auch in den USA haben viele unter steigenden Preisen gelitten, sind unzufrieden mit dem Status quo; dadurch hatte die Kandidatin der Demokraten denkbar schlechte Karten, zumal als Teil der amtierenden Administration. In Österreich sah Hofer Licht und Schatten: Er glaube durchaus, dass eine Drei-Parteien-Koalition auch eine Chance sein könnte – zudem bräuchten vor allem

die beiden ehemaligen Großparteien dringend einen Regierungserfolg. Dazu sei aber auch ein neuer Stil, bereits jetzt beim Verhandeln, notwendig, sonst drohten einmal mehr „hatscherte Kompromisse“.

Gemeinsames über Trennendes stellen

Im Rahmen der Vollversammlung dominierten folgerichtig immer wieder Aufrufe, „gemeinsam“ die „Ärmel hochzukrempeln“ und „anzupacken“ – so auch in der Diskussion von IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler mit dem Wiener Bürgermeister Michael Ludwig. Man werde nicht immer einer Meinung sein, so etwa Pochtler, aber die Stadt Wien bemühe sich proaktiv gemeinsam mit der IV, die Industrie in der Stadt zu halten und weiterzuentwickeln. Tatsächlich ist man in Wien stolz, „nach Oberösterreich gemeinsam mit der

Steiermark das zweitgrößte Industriebundesland“ zu sein, wie Ludwig betonte. Zu Recht, immerhin liege Wien als Metropole mit einer Industriequote von 15 Prozent vor zahlreichen EU-Ländern, wie Pochtler ergänzte. Dies sei ebenso keine „Selbstverständlichkeit“ wie die Tatsache, dass die Industrie in Wien mit Bürgermeister Ludwig sowie Stadtrat Peter Hanke immer einen unkomplizierten, direkten Draht zur Stadtregierung habe.

Neben dem Dank für die gute Zusammenarbeit in Wien beschäftigte sich Präsident Pochtler in seiner Eröffnungsrede vor allem mit der Bundespolitik, „die nun einmal in der Standortpolitik dominiert“. Die Herausforderungen und Probleme seien eigentlich hinreichend bekannt und diskutiert worden – „wir müssen jetzt ins Handeln kommen“; denn Österreich

habe sich „ins Eck manövriert“, man habe Jahr für Jahr mehr Ausgaben als Einnahmen, die Staatsschuldenquote klettere auf deutlich über 80 Prozent. „Die staatlichen Ausgaben werden nicht mehr durch eine wachsende Wirtschaft abgedeckt“, wie es Pochtler auf den Punkt brachte.

Reformen – jetzt oder nie!

Es brauche daher tiefgreifende Veränderungen, „und zwar jetzt“, so Pochtler: Man müsse die Lohnnebenkosten sowie die Progressionsstufen senken („Arbeit muss sich wieder lohnen!“), Frühpensionierungen eindämmen, Abschläge erhöhen und Anreize für längeres Arbeiten schaffen; Förderungen und Subventionen durchforsten, Bürokratie abbauen und den Regulierungsdschungel ausdünnen, Freihandel fördern und einen funktionierenden europäischen Kapitalmarkt



Präsident Pochtler und Bürgermeister Ludwig diskutierten darüber, wie Österreich am schnellsten aus der aktuellen Krise kommen könnte.



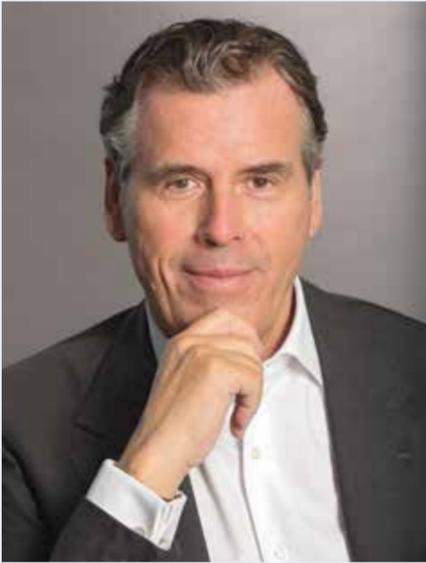
In einem Punkt waren sich Präsident Pochtler und Bürgermeister Ludwig einig: Die produzierende Industrie ist und bleibt ein essenzieller Teil der Wiener Wirtschaft.



Volles Haus bei der Vollversammlung der IV-Wien.



IV-Wien-Vizepräsidentin Patricia Neumann, Bürgermeister Michael Ludwig, IV-Wien-Vizepräsidentin Ursula Simacek, Ehrenpräsident Wolfgang Hesoun und Moderatorin Corinna Milborn im Gespräch.



HERZFLIMMERN

Die größte Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg trifft den wichtigsten Wirtschaftsmotor Österreichs mit voller Wucht: die exportorientierte Industrie. Das System der sozialen Marktwirtschaft ist in gefährliche Schieflage geraten.

DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an debatte@iv.at.

einem sehr harten Kontrast zur Dringlichkeit der Lage.

Aber gut, nun wird ja zumindest offiziell „verhandelt“; mit Haupt- und Untergruppen. Insgesamt um die 300 (!) Personen sollen jetzt ein neues Regierungsprogramm zimmern, ohne klare (Budget-) Leitplanken. Da fragt man sich schon, wozu zuerst sondiert wurde ... Nicht zuletzt aufgrund des Wahlergebnisses in der Steiermark sagen viele, sie seien optimistisch – denn den beteiligten Parteien müsse klar sein, dass es hier um ihr Überleben gehe, dass sie quasi zum Erfolg verdammt seien. Aber geht es nicht um das Überleben der Industrie und des Landes?

Ich wäre auch gerne optimistisch, fürchte mich aber (als „gelernter Österreicher“) doch vor zu vielen „Kompromissen“, wie man sie aus den Urzeiten der „Großen Koalition“ (von „groß“ ist wenig übrig!) kannte. Viele Reformen sind alternativlos und eignen sich gar nicht für Kompromisse. Man wird sehen, klar aber ist: „Weiter wie bisher“ reicht nicht. Dazu hat sich ganz einfach die Welt zu schnell und zu weit verändert, während wir stehen geblieben sind.

Konjunkturelle Dellen bis hin zu schweren Konjunktüreintrüben gab es immer wieder, die vergangenen Jahre waren aber doch anders: Multiple, sich gegenseitig verstärkende Krisen haben dazu geführt, dass die Welt, wie wir sie 2019 noch kannten, nicht wiederkehren wird. Und Europa hat in diesen Jahren eine ganze Menge an wirtschaftlicher und politischer Bedeutung in der Welt eingebüßt; zum Großteil selbst verschuldet. Dennoch glauben manche in Europa noch immer, man könne vollmundig der gesamten Welt erklären, „wie man es richtig macht“, etwa beim Thema Klimaschutz – oder beim Thema künstliche Intelligenz, wo man sich in der EU groß selbst feierte, für den ersten großen

Regulierungsrahmen für KI, man sei einmal mehr „Vorreiter“ ... Die Ergebnisse bisher sprechen eine andere Sprache.

Wer – wie beim Klimaschutz – immer nur vorreitet, reitet irgendwann allein in den Sonnenuntergang. Europa hat im Ausland längst nicht mehr das gute Ansehen, von dem aber viele in Europa fälschlicherweise noch immer ausgehen. Die einstige Automobil-Großmacht Deutschland etwa geht zunehmend in die Knie. Unsere Energiepreise gehen durch die Decke, unsere veralteten Strukturen scheinen reformimmun, die Schieflage im Sozialsystem, im Migrationsbereich, die öffentliche Verschuldung, und, und, und ...

Bezeichnend war mein Erlebnis, als ich rund um die Präsidentenwahl in den USA war. Viele haben mir gesagt: „Wir wählen Trump – unabhängig davon, was er so an umstrittenen Aussagen im Wahlkampf tätigt!“ Denn die Alternative wäre ja der europäische Weg: weniger individuelle und unternehmerische Freiheiten, mehr staatliche Regulierung und Bevormundung, unkontrollierte Massenmigration, überbordende Sozialsysteme etc.

Das tut dann doch etwas weh, denn als Europäer waren wir immer so stolz auf „unseren Weg“ der sozialen Marktwirtschaft. Und diese hat ja auch für einen sensationellen Aufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg gesorgt. Und jetzt fürchtet man den „europäischen Weg“? Leider ist das großteils selbst verschuldet: Wir haben bei der sozialen Marktwirtschaft auf die „Marktwirtschaft“ vergessen! Klar, für die Politik ist es „schöner“, mit großer Geste Dinge zu verteilen. Darüber, dass man den zu verteilenden Wohlstand erst einmal gemeinsam mit entsprechender Leistung erarbeiten muss, darüber redet keiner (mehr).

Und so sind wir in der aktuellen Misere gelandet. Mit regelmäßigen Reformen hier und dort wäre uns erspart geblieben, was nun kommen wird, kommen muss: Wir werden alle den Gürtel enger schnallen müssen. Natürlich betrifft dies vor allem

den Staat, die Ausgaben müssen runter; Stichwort Ausgabenbremse. Die Ausgabenreduktion muss dabei ein ordentliches Volumen haben, denn wir brauchen Handlungsspielräume für Zukunftsinvestitionen. Mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts muss es uns zudem gelingen, KV-Abschlüsse deutlich unter der Inflationsrate zu erzielen, sonst werden wir unsere Lohnstückkosten nicht in den Griff bekommen. Im Ausgleich eben Lohnsteuern runter, damit mehr Netto vom Brutto übrig bleibt. Last, but not least: Auch wir Unternehmen werden in den nächsten Jahren unsere Forderungen an den Staat zurückschrauben müssen, Subventionen durchforsten etc.

Die jüngsten Wahlergebnisse zeigen: Die Bevölkerung hat genug, wünscht sich Veränderung. Die Menschen nehmen nicht mehr ohne Weiteres hin, wie viel Geld ihnen der Staat per Steuern und Abgaben wegnimmt; vor allem, weil gleichzeitig die Gegenleistung – denken Sie an Gesundheit und Bildung – nicht mehr passt. Der Politikberater Thomas Hofer hat in unserer Vorstandssitzung von der Entwicklung der Demokratie zur „Emokratie“ gesprochen; darüber, wie wichtig Emotionen in Wahlkämpfen heute sind. In den USA wurde das zugespitzt auf die Frage: Geht es dir heute besser oder schlechter als vor vier Jahren? Bei uns, auf unsere fünfjährige Legislaturperiode umgemünzt, beantworten das ebenfalls mehr und mehr Menschen mit einem deutlichen „Schlechter!“

So gesehen haben die Berufsoptimisten recht: Die nächste Regierung muss liefern. Aber sie muss auch gemeinsam die Notwendigkeit echten Wandels wirklich und ehrlich erkennen und UMSETZEN. Nur dann könnte Österreich bis zum Ende des Jahrzehnts wieder zu einem wohlhabenden und modernen Land mit Zukunft im Herzen Europas werden.

Christian C. Pochtl,
Präsident der IV-Wien

schaffen. Die meisten Maßnahmen wären schnell umsetzbar, würden nichts kosten, aber Einsparungen bringen. Manchen Punkten stimmte auch der Bürgermeister zu, etwa in Sachen Entbürokratisierung, wie Ludwig betonte – denn mittlerweile hätten etwa die Einreichungen bei Ausschreibungen eher den Umfang von Büchern. Projekte schneller umsetzen zu können sei auch im Interesse der öffentlichen Hand. Als positives Beispiel, wie gemeinsamer Fortschritt von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung funktionieren könne, nannte Ludwig das Stadtentwicklungsgebiet Seestadt Aspern. Die Regierungsbildung werde sicher nicht einfach, so Ludwig, aber es müssten nun eben „alle Parteien einen Schritt aufeinander zugehen“.



In der Vorstandssitzung versuchte Thomas Hofer eine Einordnung der Wahlergebnisse in den USA und Österreich.

Rahmenbedingungen verbessern!

Im Interview mit „iv-Positionen“ führt der Forscher und Unternehmer Jürgen Stampfl aus, vor welchen Herausforderungen Start-ups in Österreich stehen und was er sich von einer neuen Bundesregierung wünscht.



Sehr geehrter Herr Stampfl, Sie sind im Bereich der additiven Fertigung sowohl in der Forschung als auch in der Lehre tätig, waren aber auch bei einigen unternehmerischen Ausgründungen der Technischen Universität an vorderster Front dabei. Worin sehen Sie aktuell die größten Herausforderungen bei der Übersetzung von Forschungsergebnissen in die Entwicklung von konkreten Produkten und Lösungen am Standort Wien und Österreich?

Die größte Herausforderung für erfolgreiche Ausgründungen ist in meinen Augen der notwendige Wechsel des Mindsets, den die Gründer von Tech-Startups meistern müssen: Weg von der akademischen Forschung hin zu einem

erfolgreichen betriebswirtschaftlichen Denken mit einem professionellen strategischen und operativen Management. Gleichzeitig darf die „technologische Seele“ eines Tech-Startups nicht verloren gehen. Viele weitere Herausforderungen sind durch die Fortschritte, welche die österreichische Startup-Szene in den letzten Jahren hingelegt hat, zumindest etwas leichter zu schultern: Die österreichischen Universitäten haben ein professionelles Patent- und Lizenzmanagement etabliert; dadurch können Jungunternehmer das von ihnen an der Universität geschaffene geistige Eigentum schützen und haben so ein Asset in der Hand, das Gespräche mit Investoren und Kunden sehr erleichtert. Die öffentliche Hand bietet über Förderungen Möglichkeiten, mit einem kleinen Finanzpolster die ersten Schritte in die Selbstständigkeit machen zu können. Die neuen steuerlichen Modelle für Mitarbeiterbeteiligung sind ein hilfreiches Werkzeug, eine breitere Basis am Erfolg der Firma zu beteiligen. Eine wichtige Rolle spielen in meinen Augen die Startup-Ökosysteme, die sich an den Uni-Standorten gebildet haben. Das erleichtert den Zugang zu Risikokapital, aber auch zu Dienstleistungen (Anwaltskanzleien, Wirtschaftsprüfer etc.), auf die Spin-offs zurückgreifen müssen. Das Vorhandensein solcher lokaler Ökosysteme

führt auch zu einem regen und motivierenden Austausch zwischen Gründern. Insgesamt kann man sicher sagen, dass sich in Österreich bezüglich universitärer Spin-offs viel in die richtige Richtung entwickelt hat und eine deutliche Professionalisierung der Szene erkennbar ist. Das Risiko des Scheiterns bleibt natürlich trotzdem bestehen, und ohne ein gesundes Maß an Wagemut wird man nicht weit kommen.

Was sind aus Ihrer Sicht die größten Hürden in der laufenden Tätigkeit als Unternehmer, insbesondere wenn man – wie im Bereich der additiven Fertigung üblich – international tätig ist und im globalen Wettbewerb steht?

Für wachstumsorientierte Unternehmen stellt sich ab einer gewissen Größe die Finanzierungsfrage für eine internationale Skalierung. Aufgrund der deutlich niedrigeren Bewertung, die europäischen Tech-Unternehmen gegenüber der amerikanischen (und auch asiatischen) Konkurrenz zugestanden wird, stößt man vielfach an eine gläserne Decke, wenn die Finanzierung national oder europäisch erfolgen soll. In dieser Phase ist die unzureichende Finanzkraft der europäischen Finanzmärkte ein Problem. Neben den monetären Aspekten ist auch die mangelnde Verfügbarkeit von Spezialisten mit nachgewiesener

Erfahrung im Bereich internationale Skalierung ein limitierender Faktor.

Aus Ihrer Perspektive als Forscher und auch als Unternehmer: Welche Maßnahmen seitens der Politik bräuchte es, um die Rahmenbedingungen am Standort Wien und Österreich zu verbessern? Haben Sie Wünsche an die nächste Bundesregierung?

Aus meiner Sicht sollte seitens der Regierung vor allem an verbesserten Rahmenbedingungen gearbeitet werden. Das betrifft einerseits die überbordenden regulatorischen und bürokratischen Anforderungen, denen nicht nur große, sondern auch kleine Unternehmen ausgesetzt sind. Solche hohen regulatorischen Anforderungen sind etwa dafür verantwortlich, dass viele universitäre Innovationen im Bereich der Medizintechnik nicht zur Marktreife gebracht werden können und schlussendlich aus den USA oder Asien importiert werden müssen. Und ganz wichtig: Eine starke Hightech-Industrie und die damit verbundene hohe Wertschöpfung wird es nur geben, wenn die Absolventen der österreichischen Universitäten exzellent ausgebildet werden. An den damit verbundenen notwendigen Ressourcen darf keinesfalls gespart werden, wenn wir der jungen Generation einen guten Start ins berufliche Leben ermöglichen wollen.

Wien 2030: Arbeitsgruppe „Smarte Produktion“

Mitte November fand erneut eine Sitzung des Expertengremiums im Haus der Industrie statt.

Die „Smarte Produktion“ ist eines der sechs Spitzenthemen der Wiener Wirtschafts- und Innovationsstrategie „Wien 2030“. IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan lädt daher in seiner Rolle als Themenverantwortlicher im Rahmen einer Arbeitsgruppe regelmäßig Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung ein, um sich über aktuelle Trends

und Herausforderungen in der Produktion auszutauschen. Mit Blick auf den Wiener Wirtschaftsstandort 2030 werden laufend neueste Entwicklungen und Initiativen diskutiert; häufig entstehen dabei auch neue Leitprojekte. „Bei der Strategie ist nun Halbzeit und wir sind stolz, mittlerweile über 100 Leitprojekte in allen Spitzensektoren zählen zu dürfen“, berichtet Gerrit Thell, Leiter der „Wien 2030“-Strategie in

der Magistratsabteilung 23 für Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien, zu Beginn der Sitzung. Zudem erklärte Thell, dass im zweiten Teil der Strategie ein Schwerpunkt auf der Wirkungsmessung liegen soll. Dafür seien die Ziele des Wiener Wirtschaftsplans weiterentwickelt und mit messbaren Kennzahlen versehen worden. Im Anschluss informierte TU-Professor Jürgen Stampfl über die neuesten Entwick-

lungen und Projekte im Bereich der additiven Fertigung. Neben Herausforderungen seiner universitären Tätigkeit berichtete er insbesondere auch von seinen unternehmerischen Erfahrungen. „In Europa fehlt es – gerade in technologischen Bereichen wie dem 3D-Druck – oft an Kapital, um skalieren zu können. Das wäre in dieser Branche aber dringend notwendig, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.“

JI-WIEN: EINBLICK IN DIE WELT DER MITARBEITERBETEILIGUNG

Wenn es um Mitarbeiterbeteiligungsmodelle geht, ist Vorsicht geboten: Das Thema bietet zahlreiche Fallstricke, ist aber für Unternehmen von großer strategischer Bedeutung. Kürzlich lud die JI-Wien daher zu einer weiteren „Learning.Session“ ein, die sich diesem herausfordernden Thema widmete.

Die Veranstaltung bot den Teilnehmern ein breites Spektrum an Fachwissen. Steuerliche Aspekte wurden von Martin Mertel (BDO Steuerberatung) anschaulich erklärt, während Johannes Frank von Herbst Kinsky Rechtsanwälte die rechtlichen Fragestellungen rund um Mitarbeiterbeteiligungsmodelle abdeckte. Für einen praktischen Einblick sorgte Paul Fattering, der ehemalige CEO der Woom GmbH: Er berichtete aus erster Hand über seine Erfahrungen sowohl als Empfänger von Mitarbeiterbeteiligungen als auch in

seiner Rolle als CEO, in der er solche Modelle für Mitarbeiter selbst gestaltete. Unter Moderation des JI-Wien-Vorsitzenden Maximilian Nimmervoll diskutierten die Mitglieder im Laufe des Abends unter anderem über „echte Mitarbeiterbeteiligungen“, also die Vergabe von Gesellschaftsanteilen, sowie über sogenannte „Phantom Shares“, verdeckte Beteiligungsmodelle. Eigene Möglichkeiten für die Beteiligung von Mitarbeitern bietet außerdem die neue Gesellschaftsform FlexCo, die vor allem für Startups attraktive Lösungen

rund um die Involvierung der ersten Angestellten gewährt. Einig waren sich alle Veranstaltungsteilnehmer, dass sich Mitarbeiterbeteiligungen gut eignen, um Mitarbeiter langfristig zu motivieren und ans Unternehmen zu binden. Falsch machen könne man allerdings viel, denn bei der Vertragsgestaltung müsse man einiges beachten. Insbesondere sei die Bewertung von Unternehmensanteilen oft komplex; zudem empfehle es sich aus rechtlicher Perspektive, klare Regelungen für den Fall des Ausscheidens der beteiligten Personen

zu treffen. Auf Arbeitnehmerseite brauche es jedenfalls einen guten Überblick über etwaige steuerliche Implikationen, die Beteiligungen mit sich bringen.

Neben altbewährten Formaten wie Betriebsbesichtigungen und „Member Talks“ zielen die „Learning.Sessions“ der JI-Wien darauf ab, Fachwissen praxisnah und zugänglich zu vermitteln. Auch diese Veranstaltung zeigte einmal mehr, wie wichtig die Kombination aus Theorie und Praxis für die Mitglieder ist.